Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

6. Legislatur-Periode. 1. Session.

68. Sitzung vom 16. März.

Am Tische des Bundesraths: Fürst Bismarck, v. Boetticher, Dr. Stephan, Dr. Reuleaux.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Das Haus tritt in die Fortsetzung der zweiten Berathung der Dampfersubventions-Vorlage ein.

Geh. Reg.-Rath Dr. Reuleaux tritt den Ausführungen des Abg. Richter gegen die australische Dampferlinie entgegen. Die bestehende Sloman'sche Linie macht es nicht möglich, auf Grund dieser Linie ein wirklich regelmäßiges Geschäft zu etabliren. Die Angriffe des Abg. Richter auf die Vorlage scheinen mehr einzelne Messerstiche zu sein, als ein wirklamer Stoß. Der Abgeordnete meinte, es wäre besser, erst mit einer Linie Erfahrungen zu machen und dann mit weiteren Linien vorzugehen — so liegt die Sache nicht. Man kann, bevor man die Linien in großartiger Weise einrichtet, erst auf den einzelnen Linien Erfahrungen sammeln — so war der Ausdruck des Reichskanzlers zu verstehen. Abg. Richter weiß auf die großen Kosten der australischen Linie hin — die Kosten werden aber noch größer, wenn die Linie nicht jetzt im Zusammenhange mit den anderen Linien eingerichtet wird. Man vergißt, daß wir hier vor einem im höchsten Maße entwickelungsfähigen Lande stehen. Abg. Richter hat in seinen sehr sachgemäßen Ausführungen überlesen, daß der Import nach Australien nicht weniger als 35 Millionen Pfund Sterl. jährlich beträgt — an dieser Einfuhr gilt es durch angestrengte ehrliche Konkurrenz für Deutschland Antheil zu gewinnen, umsomehr, als die Einfuhr in Australien eine beständig steigende ist. Abg. Richter hat dann auf die Konkurrenz der australischen Wolle hingewiesen. Thatsache ist doch aber, daß die in Deutschland produzirte Wolle für unseren Bedarf nicht ausreicht — da wir sie also doch importiren müssen, ist es doch besser, sie auf unseren eigenen Linien einzuführen. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich habe einen Irrthum zu berichtigen, in welchem ich mich vorgestern dem Abg. Richter gegenüber befunden habe. Es ist mir, ich weiß nicht mehr in welchen Zeitungen oder aus mündlichen Mittheilungen, bekannt geworden, daß er in seiner Rede beim Generalkonsulat in Apia unter den Motiven, die unsere Haltung gegenüber England zu bestimmen hätten, auch die Verwandtschaft unserer Dynastie ins Feld geführt hätte. Ich ließ mir deshalb den stenographischen Bericht vorlegen, und ich glaube, es wurde mir die erste Rede, welche der Herr Abgeordnete in jener Sitzung hielt, als diejenige bezeichnet, in welcher jene Wendung vorgekommen sei. Beim Lesen fand ich diese Wendung jedoch nicht wieder. Ich schloß daraus, daß der Abg. Richter in Bezug auf politischen Takt mit mir die gleichen Ansichten gehabt hat und bei der Korrektur die Anspielung auf unsere Dynastie unterdrückt hätte und ich erlaubte mir, darüber in meiner vorgestrigen Rede meine Freude zu erkennen zu geben. Der Herr Abgeordnete hat aber sehr bald Gelegenheit genommen diese Freude zu zerstören, und ich habe, durch seinen Widerspruch veranlaßt, nunmehr den vollständigen Sitzungsbericht gelesen und ich bin schuldig, klar zu stellen, wie ich zu diesem Irrthum gekommen bin. Ich konnte nicht voraussetzen, daß der Herr Abgeordnete in seinem Plaidoyer über England das Bedürfniß empfunden haben würde, zwei mal hinter einander denselben Gedanken, das zweite mal etwas schärfer pointirt, zum Ausdruck zu bringen und ich glaubte, nachdem ich seine erste Rede gelesen hatte, wäre für mich die Sache beendigt. Gerade in dieser ersten Rede hatte er gesagt, was sich meines Erachtens von seinem Standpunkte sagen ließ. Seine Worte gingen dahin, England und Deutschland seien auf einander angewiesen nach Stammesverwandtschaft, nach den historischen Traditionen und ihrer Entwickelung mehr als irgend ein anderes Land in Europa. „Wenn augenblicklich diplomatische Streitigkeiten schweben, über deren Berechtigung ich mir ein Urtheil nicht erlauben will, so will ich hoffen u. s. w." Also diesen Satz hätte ich mir vollständig aneignen können, daß wir, England und Deutschland, wenn nicht ausschließlich auf einander angewiesen sind, doch den Beruf haben, nach Stammesverwandtschaft, nach früheren Traditionen, vor allen Dingen aber nach unseren gemeinsamen Interessen, mit England im vollsten Einverständniß zu leben. Dieses Einverständniß zu suchen, bin ich seit Jahr und Tag beschäftigt; ich habe es natürlich nur finden können in einer Form, die auch für Deutschland eine befriedigende ist. Das Suchen nach dieser Form nöthigt mich, manche Zugeständnisse zu machen auf diplomatischem Wege, wo auch unter Umständen der Eindruck einer Verstimmung nicht ausgeschlossen ist und wo dieser Wechsel zwischen Festigkeit und Nachgiebigkeit allein zu einem rechten Ziele führt. In dieser diplomatischen Operation hat mich die ganze Parteinahme des Abg. Richter für die englische Auffassung der Sache und für England überhaupt gerade in diesem Augenblick allerdings einigermaßen genirt. (Hört! hört!) Der Herr Abgeordnete hat gesagt, es wäre gar nicht Zeit gewesen, daß seine Rede darauf hätte einwirken können, seine Rede wäre zu der Zeit gar nicht bekannt gewesen. Nun, in der Zeit, wo der Herr Abgeordnete seine Rede hielt, waren unsere Verhandlungen mit England im besten Gange, sie sind aber noch nicht abgeschlossen, und daß es auf die Auffassung der englischen Regierung von einigem Gewicht ist, wenn der Führer der Opposition im deutschen Reichstage, der an der Spitze der der Regierung entgegenstehenden Majorität steht, wenn der im Augenblick, wo streitige Interessen diskutirt werden, für die fremdländischen Partei nimmt, das ist nach englischen Begriffen doch sehr wohl erklärlich. Nach englischen Begriffen hat die Majorität, an deren Spitze der Abg. Richter, wenn nicht ganz stolirt, doch mit wenigen Gefährten, steht, alle Aussicht, demnächst die künftige Regierung dieses Landes zu stellen. Daß diese Auffassung nicht in Deutschland vorherrscht, wird wohl einleuchtend sein, aber für England ist sie ganz natürlich. In England täuscht man sich über das Gewicht jenes Auftretens nicht. In England hat der Abg. Richter ein viel größeres Gewicht als wie bei uns in Deutschland. (Heiterkeit.) Wer an der Spitze einer Majorität steht, der die Regierung ziemlich regelmäßig unterliegt in Fragen, die sie vor den Reichstag bringt, der ist für England der Stern der Zukunft, und man muß schon die deutschen Verhältnisse genauer kennen, um sich zu überzeugen, daß diese englische Auffassung bei uns nicht so passend ist, wie das in England der Fall ist. (Sehr gut! rechts.) Ich habe das angeführt, was der Abg. Richter in seiner ersten Rede gesagt hat. Wenn ich den Bericht zwei Seiten weiter umschlage, finde ich noch genauer denselben Gedanken wiederholt. Der Abgeordnete schien eins vergessen zu haben, was er nachholen wollte. Das waren die verwandtschaftlichen Beziehungen der Dynastien. Im übrigen war seine zweite Wendung identisch mit der ersten, sie hat wenige Minuten nachher stattgefunden. Daher muß ich annehmen, daß er auf diese Einschaltung besonderes Gewicht legt. Er sagt darin, daß er überzeugt sei, daß diese seine Ansicht weitere Kreise im deutschen Volke vertrete, „die keineswegs wollen, durch parlamentarische Debatten, die an dieser Stelle wenigstens durchaus überflüssig seien, uns in einen künstlichen Gegensatz zu einem uns stammverwandten Volke, das uns nicht nur durch unsere Dynastie, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt und durch gemeinsame Kämpfe in kritischen Perioden der Geschichte verbunden ist, in einen künstlichen Gegensatz wollen hineindrängen lassen." Nun bin ich über die Frage zweifelhaft, ob der Herr Abg. Richter im Sinne der von dem Abg. Windthorst accentuirten Einigkeit aller Parteien gegenüber dem Auslande gehandelt habe, indem er gerade in diesem Moment bei den divergirenden und rivalisirenden Interessen zweier Nationen für die andere Seite und nicht für die deutsche eintrat. (Hört, hört! Ich bin gewohnt, den Widerstand des Abg. Richter auf allen Wegen zu finden, die ich sowohl in der inneren, wie in der äußeren Politik gehe, und ich sehe mich überall der Nothwendigkeit gegenüber, diesen Widerstand, welcher durch eine eindringliche und ausdauernde Beredtsamkeit unterstützt wird, zu bekämpfen. Das ist seine Sache zu erwägen. Ich habe hier nur das Wort genommen, um mich gegen diese Verwerthung der dynastischen Verwandtschaften in Fragen der auswärtigen Politik zu verwahren in meiner Eigenschaft als ein langjähriger und erprobter Diener unserer Dynastie und Sr. Maj. des Kaisers. Es ist eine solche Einbeziehung dynastischer Interessen und Verwandtschaften in die großen nationalen Interessen, die zwischen beiden Nationen divergiren können, für eine Dynastie niemals nützlich gewesen, und ich frage mich, was hat denn den Abg. Richter bewogen, seine erste Aeußerung dadurch zu vervollständigen, daß er die dynastischen Verwandtschaften unserer Dynastie in seiner zweiten Auflage derselben Aeußerung einbezog? Ich bin beim Herrn Abg. Richter ebenso gut, wie bei andern hervorragenden Parlamentariern gewohnt, daß sie nicht so leicht ohne Grund etwas thun, sondern daß irgend eine Berechnung auf eine beabsichtigte Wirkung dahinter steht. Nun, die Hineinbeziehung dynastischer Verwandtschaft in das internationale Interesse ist erfahrungsmäßig in der Geschichte den Dynastien niemals nützlich gewesen. Es sind stets die Gegner der Dynastie gewesen, welche dynastische Beziehungen in den Vordergrund bei internationalen Fragen geschoben haben. (Hört! hört! rechts.) Ich brauche nicht sehr weit in der Geschichte zurückzugehen. Ich darf nur an die Zeit der ersten französischen Revolution erinnern, wo es der Dynastie der altfranzösischen Könige außerordentlich nachtheilig war, daß man den Verdacht haben konnte, als ob die nahe Verwandtschaft des französischen Hauses mit dem österreichischen die französische Politik im österreichischen Sinne beeinflussen könnte. Jedermann, der die Geschichte jener Zeit mit Aufmerksamkeit liest, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß dies ein mächtiges Hülfsmittel der Gegner des Königsmordes war, dasselbe der österreichischen Politik zu verdächtigen. Wenn in England einmal eine solche Frage schwebte, würde es die einen englischen Parlamentarier, namentlich von der der freisinnig-radikalen entsprechenden Richtung einfallen, die Verwandtschaft der in England regierenden Dynastie mit dem deutschen Kaiser dafür anzuführen, daß England im Interesse der Nation sich nachgiebig dem mächtigen Deutschland gegenüber zeigte? Ich glaube, daß das kaum jemand in England riskiren würde. (Sehr gut! rechts). Bei dem Herrn Abgeordneten Richter habe ich niemals gemeint, daß er für die dynastischen Verwandtschaften und Einflüsse sich so sehr begeistert gezeigt hätte (Heiterkeit) und ich bin deshalb nothwendig veranlaßt, darüber nachzudenken, welche Gründe ihn in diesem Falle veranlaßt haben könnten, das Gewicht der dynastischen Verwandtschaft in die Wagschale seines Plaidoyers für England zu werfen. Auch in unserer eigenen neuesten Geschichte finden wir, daß in den vierziger Jahren von den Gegnern unserer Dynastie die nahe Verwandtschaft mit dem russischen Kaiserhause jederzeit ausgebeutet worden ist, um unsere Dynastie als abhängig, beeinflußt vom Auslande darzustellen. Ich darf an das bekannte Gedicht von Herwegh erinnern, wo er ziemlich gezwungen auf „Meleager reimte: „Gott behüte uns vor dem Czaren, seinem Schwager." Dieselbe Tonart, in der Herwegh 1840/41 schrieb, zog sich auch durch das ganze Jahr 1848 hindurch. Damals war überall in einem Plakat zu lesen: „Die Russen kommen." Es war das für die Popularität der Dynastie niemals nützlich. Ich erinnere mich noch des Anfangs meiner ministeriellen Laufbahn, an die Zeit der polnisch-russischen Kartellkonvention; was wurde da hauptsächlich gegen die Politik Sr. Majestät des Königs ausgespielt? Unsere Abhängigkeit von Rußland in Bezug auf alles, kurz es wurde die Dynastie im Lande damit verdächtigt, daß sie nicht die nationalen Bedürfnisse allein, sondern ihre verwandtschaftlichen Rücksichten auf verwandte Dynastien in der Politik mit zum Ausdruck brächte. Diese historischen Erinnerungen und Erwägungen und das wenige Vertrauen, welches der Royalismus in den Abg. Richter mir einflößt (Heiterkeit), nöthigt mich, gegen eine solche Bezugnahme auf die dynastischen Verwandtschaften und ihren Einfluß auf die Politik mit der Verschierung entgegenzutreten, daß das Gewicht der deutschen Dynastie und insbesondere das unserer kaiserlichen Dynastie unter allen Umständen jederzeit auf die Seite der nationalen Interessen und niemals der fürstlichen Verwandtschaft in die Wagschale fallen wird. (Lebhafter Beifall rechts).

Abg. Dietz-Hamburg (Sozialdem.) befürwortet den sozialdemokratischen Antrag, statt „Postdampfschiffsverbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien sowie Australien und Afrika andererseits" zu setzen „Postdampfschiffsverbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien, sowie dem Festlande von Australien andererseits" und statt 5,400,000 M. zu bewilligen 3,750,000 M. — Redner wiederholt dann seine bereits am Freitag gegen den Hamburger Lloyd erhobenen Vorwürfe.

Abg. Frhr. v. Bulach (Ell.) erklärt sich für die Regierungsvorlage. Ueberall wird die Vortrefflichkeit der deutschen Post anerkannt — diese Vorlage will die treffliche Postverwaltung Deutschlands noch ausdehnen, sie will, daß auch für die Deutschen des Auslandes die Post nicht durch Ausländer besorgt wird. Wir brauchen für unsere Industrie neue Absatzgebiete und müssen mit eignen Mitteln die Wege für diese Absatzgebiete eröffnen. Wir wollen für unser Elsaß, das durch die Industrie sehr gelitten hat, eine Hebung der Industrie schaffen. Die Kolonialpolitik braucht Deutschland mit Rücksicht auf die nothwendige Auswanderung. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Jagdzewski (Pole) erklärt sich gegen die Vorlage. Fürst Bismarck hat am Sonnabend von der polnischen Fraktion behauptet, daß sie die Erreichung ihres Ideals nur durch einen unglücklichen Krieg erzielen könnte. Ich protestire gegen eine solche, uns diskreditirende Aeußerung und erwarte den Beweis. Wir erstreben die Erhaltung unserer verfassungsmäßigen Rechte und reklamiren, wenn sie verletzt sind. In dieser Stellung und in dieser Haltung werden wir durch das polnische Volk unterstützt. Wenn man das Uebermaß der Unterdrückung mit der ruhigen Haltung der polnischen Bevölkerung vergleicht, so zeigt sich die Unberechtigung jener Anklage. Wir klagen den Urheber dieser Beschuldigung an vor Gott und der Geschichte, wenn durch solche Anklagen das Feuer geschürt wird. (Beifall im Centrum.)

Abg. Lohren (Reichsp.): Es hat der Ausnahme der Vorlage geschadet, daß sie ursprünglich das Wort „Post" an der Stirn trug. Es hat dies die ganze Sache falsch bezeichnet. Es ist kein politisches Interesse, das hier vorliegt, sondern ein Handelsinteresse. Unser Import beträgt jährlich 3200 Millionen M., unser Export ist noch etwas größer. Dieser Export aber hat trotzdem den deutschen Namen im Auslande nicht bekannt gemacht, weil wir alles sowohl kauften als verkauften durch Vermittelung der Engländer und Holländer. Wir haben Kraft und Muth für Sedan gehabt und sollen nicht die Kraft und den Muth haben, den wirthschaftlichen Kampf aufzunehmen? Das kleine Holland steht im Auslande weit größer da als das große Deutschland! (Beifall rechts.) Und bedenken Sie, wie groß unsere Abhängigkeit von der Schifffahrt Englands ist — dann werden Sie einsehen, daß die fünf Millionen M. sehr wohl angebracht sind. (Beifall rechts.) Es ist unrichtig, daß diese Kurierdampfer den Preis der Wolle und der landwirthschaftlichen Produkte herunterdrücken werden. Dagegen werden, was bei dem Transport australischer Hammel die englischen Arbeiter verdient haben, in Zukunft die deutschen Arbeiter verdienen. Der Preis für von Afrika nach Deutschland im vorigen Jahre verkaufte Wolle betrug 14 Millionen M. und davon hat England für seine Vermittelung nicht weniger als über zwei Millionen verdient. (Hört! hört! rechts.) Außerdem haben die Rheder, Arbeiter ꝛc. Englands sechs Millionen verdient. In diese Abhängigkeit von England hat der Freihandel uns gebracht. (Beifall rechts.) Die von der Regierung vorgeschlagene Linie bringt Deutschland direkt in Verbindung mit dem Produzenten am Südkap, sie macht uns unabhängig von Holland und England und unterstützt unsere Kolonialpolitik. Mit geringen Mitteln können wir große Ziele erreichen. Sollten Sie aber die afrikanische Linie ablehnen, so beantrage ich eine Linie zwischen Aden und Port Elisabeth; es würde dann möglich sein, mit 4,900,000 M. auszukommen. (Beifall rechts.)

Fürst Bismarck: Abg. v. Jagdzewski hat behauptet, ich hätte gesagt, einige Parteien spekulirten auf den Krieg. Ich habe das nicht gesagt, brauche also auch nicht zu unterlachen, wie weit eine solche Aeußerung richtig wäre. Ich habe gesagt, einige Parteien können ihr Ideal nur durch einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreichen. Die Selbständigkeit Polens ist das Ideal der polnischen Fraktion. Herr v. Jagdzewski will das erreichen durch den Druck der öffentlichen Meinung — nun das ist doch unmöglich, das ist doch nur eine Phrase. Ob das deutsche Volk glauben wird, die Selbständigkeit Polens auf Kosten Preußens wird durch die öffentliche Meinung erzielt werden, bezweifle ich. (Heiterkeit rechts.) Ich habe am Sonnabend gesagt, daß polnische Blätter, auch solche, die in Petersburg gedruckt werden, die Selbständigkeit Polens erstrebten — ich wiederhole, das Ziel kann nur erreicht werden durch einen unglücklichen Krieg Deutschlands, durch die Anschlachtung Preußens. Die Herren können inzwischen immer die Regierung unterstützen und hier unterbreiten — der Vortheil, den Ihnen ein unglücklicher Krieg Deutschlands bringen würde, geht Ihnen ja dadurch nicht verloren. (Heiterkeit rechts.) Warten Sie also ruhig ab, bis dieser Krieg kommt und malen Sie ihn nicht an die Wand. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Virchow: Der Herr Reichskanzler hat jüngst uns aufgefordert, Farbe zu bekennen. Der Reichskanzler soll sich nicht beklagen, daß wir seiner Aufforderung nicht nachkommen. Er wird erkennen, daß wir keinesweges in dem Maße seine Gegner sind, wie er annimmt. Der Begriff „kolonial" hat für viele den Nebensinn des Ackerbaues. (Widerspruch rechts.) Sollen die Leute dort nicht Ackerbau treiben? Sie, meine Herren, sind ja über diese Verwechselung hinweg. Ihre Presse aber nicht und auch der Reichskanzler nicht, als er die fruchtbaren Gefilde Neu-Guineas schilderte. Aber die wirklich fruchtbaren Ackerbaugegenden sind alle vergeben, sie wären nur zu gewinnen durch Eroberung. Es bleibt also nur eine Reihe von Ländern übrig, von denen mancher vielleicht glaubt, daß sie zu Plantagen-Anlagen verwendbar sind. Man unterscheidet nur leider nicht die anthropologische, medizinische Vorfrage, welches die Gegenden sind, in denen der weiße Mann leben kann. Die Ansicht von der Akklimatisationsfähigkeit des Menschen, die Mitte des Jahrhunderts sehr beliebt war, hat sich als unhaltbar erwiesen. Die Schwierigkeiten, die sich entgegenstellen, sind erstlich das Klima, unter dessen Einfluß bei gewissen Breitegraden ganze Familien aussterben. Diese Gefahr ist für die Nordländer sehr groß. Und sie besteht für die Länder, die bisher niemand genommen hat, die jetzt nach einander der Reichskanzler besetzt hat. Mein verstorbener Freund v. Bär sagte mir einmal, wo sich eine Wüste zeigt, da greift Rußland zu — ich muß sagen, wo eine Malariaggend ist, da greift der Reichskanzler zu. Ich glaube, wir werden es alle hier nicht mehr erleben, daß wir uns in jenen Gegenden akklimatisiren. Wir müssen doch die Kolonialfrage mit vollster Objektivität prüfen. Ich wundere mich hier, ein Elsasser für die Kolonialpolitik eintreten zu sehen, nach all dem Elend, das elsassische Familien in Algerien durchgemacht haben. Ich möchte davor warnen, daß die Plantagen-Gesellschaft deutsche Arbeiter nach Neuguinea bringt, ich warne davor im Interesse des Lebens unserer Landsleute. Dagegen anerkenne ich es als ein sehr geschicktes Unternehmen, daß wir die Küste von Neu-Guinea besetzt haben. Als ein Ausgangspunkt für weiteres Vorgehen und als Station für unsere Reisenden ist das ja ganz gut. Im übrigen haben wir es in unseren Kolonien mit einem großen Handelsbhänern zu thun. Ich achte sie und gönne ihnen alles Gute, aber ich habe keine Veranlassung, ihnen Subventionslinien zu gewähren. Ich bin nicht in der Lage, für die Linie nach Afrika, noch für die nach Samoa, Australien zu stimmen. Die heutigen Ausführungen des Herrn Reuleaux für Australien waren eher geeignet, gegen die ostasiatische Linie einzunehmen, statt für die australische. Es ist im allgemeinen ein wichtiges Prinzip, wenn der Kanzler sagt, wir wollen nur unseren Kaufleuten nachfolgen. Ich bedaure nur, daß das sonst nicht der Fall ist, so bei Süd-Brasilien. Dort wäre es möglich, eine deutsche Ackerbaukolonie zu gründen. Dorthin wäre eine Dampferlinie zweckmäßig — der Herr Staatssekretär Dr. Stephan ruft mir zu, wir werden sie bekommen. Es soll mich freuen. — Abg. Lohren hat heute dem Freihandel große Vorwürfe gemacht. Wir haben seinerzeit den Reichskanzler in seiner Freihandelspolitik unterstützt und auch in einer Thronrede dafür Lob geerntet, wir haben den Reichskanzler in seiner Kirchenpolitik unterstützt — wir sind nicht Gegner des Reichskanzlers, sondern nur seiner geänderten Politik. Ich komme damit zu dem heutigen Ausfall des Reichskanzlers gegen den Abg. Richter. Abg. Richter hat jene Aeußerung bezüglich Englands nur gethan, um die England feindlichen Aeußerungen des Abg. Kalle gerade im Sinne des Reichskanzlers abzuschwächen. Der Reichskanzler hat gemeint, Herr Richter wird im Auslande mehr geschätzt als im Inlande. Das geht anderen Leuten auch so — aber wenn der Reichskanzler uns sagt, Herr Richter wird in England als Ministerkandidat angesehen, so ist das doch nur ein Scherz. Man weiß doch in England, daß wir in Deutschland noch sehr weit vom konstitutionellen Systeme entfernt sind. Keine englische Zeitung hat jene Aeußerung des Abg. Richter beachtet. (Heiterkeit rechts.) Bitte lachen Sie nur, wenn nachher das Gegentheil gesagt werden sollte, lachen Sie wieder. (Heiterkeit links.) Abg. Richter hat gesagt, England und Deutschland sind nicht nur durch die Dynastie, sondern auch der Abstammung verwandt. Ich verstehe nicht, wie man daraus irgend etwas Schlimmes folgern will. Wir sind doch alle, hüben und drüben daran gewöhnt, daß über den Differenzen des Tages es noch eine Stätte giebt, die den Frieden garantirt. — Wir haben all' unsere Bedenken unterdrückt und uns entschlossen, die eine der verlangten Linien zu bewilligen. Mehr können Sie nicht verlangen, wir müssen uns nach der Decke richten. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Der Herr Vorredner hat zunächst die Dynastie ins Feld geführt, um aus meinen neulichen Ausführungen einen Widerspruch mit den Thatsachen zu konstruiren. Ich glaube aber nicht, daß Herr Richter der Dynastie damit einen Dienst thut (oho! links), oder daß er dieselbe Feinfühligkeit für den Begriff der Dynastie hat, wie ich. (Unruhe links.) Es ist eine große Gefahr damit verbunden, wenn er die Dynastie in einen Gegensatz zu den nationalen Interessen stellt. Ich habe nun behauptet, daß dieses Hineinziehen der dynastischen Fragen in internationale Angelegenheiten den Dynastien überhaupt nicht nützlich ist, und ich richte daher diese Frage an alle, welche sie beantworten wollen: Ist es für die Dynastie ein Vortheil, wenn man bei internationalen Fragen darauf hinweist, daß verwandtschaftliche Rücksichten ein minder starkes Wahrnehmen der eigenen Interessen empfehlenswerth machen? Ich habe auf historische Fälle hingewiesen, wo Dynastien hierdurch geschädigt worden sind. Ich glaube nicht, daß Herr Richter mit mir an demselben dynastischen Strange zieht, und daß er dieselbe Ehrerbietung damit verbindet. (Sehr wahr! rechts. Oho! links.) Ich rufe die ganze Oeffentlichkeit zum Richter an, ob ich hierin recht habe. (Zustimmung rechts.) Die politische Bedeutung, welche Herr Richter, der Chef der hiesigen Opposition, im Auslande genießt, ist ihm augenscheinlich selber nicht klar. Ich habe von derselben Kenntniß erhalten durch Aeußerungen des Botschafters

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18850318024/fragment/page=0001

einer der Westmächte, welcher mit Herrn Richter eine Unterredung gehabt hat. (Abg. Richter: Das habe ich nicht gethan) Mir gegenüber erklärte dieser, es sei doch sehr wunderbar, daß Herr Richter nicht Minister geworden wäre. (Hört! hört! rechts.) Die Politik wird ja nicht ausschließlich durch die Zeitungen gemacht; dies beweist uns die Bereitwilligkeit, mit welcher uns in den kolonialen Fragen vom ersten Augenblicke an von englischer Seite entgegen gekommen ist. Eine Kolonialpolitik läßt sich nur machen, wenn sie getragen ist — ich will nicht sagen von einem einstimmigen, aber doch nahezu einstimmigen, starken Nationalgefühl, welches seinen Ausdruck nicht nur in der Presse, sondern auch durch die Führer der Mehrheit des Reichstages findet, und zu diesen Führern gehört doch der Abg. Richter! Daß er aber jenen nationalen Gedanken eben so wenig theilt wie der Führer der andern Hälfte der Majorität, des Centrums, das ist klar. Und daß dies unsere Verhandlungen abschwächt, muß jedes Kind einsehen. Eine Regierung, welche die ganze Nation hinter sich weiß, kann mit ganz anderen Gewichte den anderen Regierungen gegenübertreten, als eine Regierung, die vorwährend mit der Opposition im eigenen Lande zu kämpfen hat. Herr Virchow hat gelagt, ich hätte gerade die unglücklichsten Punkte zur Kolonisation gewählt und die Plätze willkürlich ausgesucht. Ich erwidere ihm: der deutsche Handel hat sie ausgesucht, welcher jetzt in einem warmen Appell an die Würde des Reiches unseren Schutz anruft. Herr Virchow ist ja in Bezug auf die Beurtheilung klimatischer und anthropologischer Fragen weit mehr Sachverständiger als ich; ich kann aber doch nicht, sobald ein deutscher Unternehmer den Schutz des Reiches anruft, dieses Gesuch erst zur Begutachtung an das medizinische Amt des Herrn Virchow richten. (Heiterkeit.) Aus Büchern und Beobachtungen hat sich Herr Virchow ja mancherlei Erfahrungen gesammelt, in politischen Fragen aber muß er ebenso gut wie wir mit den praktischen Verhältnissen rechnen. Ich habe mir nur die Frage vorgelegt: Sollen wir die Interessen des Handels schützen oder nicht? — Herr Virchow hat die ganze Kolonisationsfrage zu doktrinär aufgefaßt und uns sogar eine ethymologische Auseinandersetzung des Wortes selbst gegeben. Er leitet es ab von colore und colonus, und danach könnte es nur ein Ackerbauer sein. Dann müßten ja Pommern, Westfalen und alle unsere einheimischen Provinzen, in denen vorwiegend Ackerbau getrieben wird, „Kolonieen" sein. Der Ackerbau ist ja allerdings in den Kolonieen das Hauptgewerbe; es braucht aber deshalb der Ackerbau noch nicht die Beschäftigung sämmtlicher Kolonisten zu bilden. Wenn der Herr Vorredner nun darin eine abweichende Erfahrung gesehen hat, daß in Ostindien die weiße Bevölkerung nach der Abschaffung der Sklaverei nur noch zu 5 Proz. Ackerbauer leisen, so hätte er dies dahin vervollständigen sollen, daß er uns auch gesagt hätte, auf wie viel Prozent sich die ackerbauende Bevölkerung früher belaufen habe! Viel höher kann sie, meines Erachtens, nicht gewesen sein zur Zeit, als die Sklaverei noch bestand. Es ist dies zum größten Theil; eine Plantagen-Kolonie gewesen. Ich will mich nicht weiter darüber auslassen, ob der Deutsche sich allmälig in den in Frage stehenden Gegenden acclimatisiren wird; einer solchen Acclimatisation bedürfen wir auch gar nicht. Was den Ackerbau betrifft, so ist von ihm hier in dem Sinne, wie wir ihn hier zu Lande haben, gar nicht die Rede. Herr Richter sagte dann, wir hätten die Kolonisation zu früh unternommen. Ich glaube aber, daß wenn wir auch nur einige Monate gewartet hätten, andere Nationen zugegriffen haben würden. Das ist aber jene beschauliche, reflektirende Art und Weise, wie Sie (zur Linken) solche Fragen behandeln. Die Regierung hat aber diesen Augenblick wahrgenommen, um in Bezug auf deutsche Arbeit, deutsche Kapitalanlage sich die Wege offen zu halten. Warum sollen wir uns denn nicht einmal gestatten, eine Versuchsstation in Afrika zu errichten? Wir haben doch schon mit Kamerun den Anfang gemacht. Nach dem Zeugniß der Engländer, Amerikaner und Deutschen, die ich gehört habe, steht es fest, daß der Theil Afrikas zwischen Zanzibar und den großen Seen an den Nilquellen sehr fruchtbar ist. Lassen Sie doch endlich die deutsche Nation ihren Ueberschuß an Unternehmungs-u. Entdeckungsgeist dorthin ablenken! Oeffnen Sie wenigstens einen Weg, auf welchem wir die vielen Unternehmungen, von welchen wir alle in unserer Jugend in Reisebeschreibungen u. drgl. gelesen haben, verwirklichen können! Im Auslande heißt es immer, die deutsche Regierung würde ja dem deutschen Handel folgen, aber ohne den Reichstag könne sie das nicht, dieser aber wolle nicht. Ich bin jedoch der Meinung, und auch der deutsche Reichstag sollte es mit Freuden begrüßen, wenn er der Regierung in diesem wahrhaft nationalen Werke behilflich sein könnte. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. Racke (Centrum): Abg. Dr. Windthorst steht thurmhoch über der Insinuation, daß er einen unglücklichen Krieg für Deutschland wünsche. Abg. Windthorst ist der verehrte Führer des Centrums — die Zumuthungen, die ihm gemacht worden, sind auch uns gemacht, die wir seiner Führung folgen. Wir protestiren dagegen in energischer Weise! (Beifall im Centrum.) Der Reichskanzler hat sich über die Opposition beklagt, aber ich muß sagen, daß seine Reden gegen den Abg. Dr. Windthorst die Einigkeit der deutschen Nation dem Auslande gegenüber in ein schlechtes Licht stellt. Den Zweifel des Reichskanzlers, ob er nach einem unglücklichen Kriege auf die Unterstützung des Reichstages rechnen könne, müssen wir gleichfalls energisch zurückweisen. (Beifall links und im Centrum). Ich glaube, viele Reden vom Regierungstische sind nur geeignet, die Parteien zu verhetzen und die Vorlage zu gefährden. Wir wollen ja nichts weiter, als genau prüfen und Erfahrungen machen. Der Einzelne kann Spekulationen machen, aber nicht das Reich. Ich meine, es ist gerade national, wenn wir bei so wichtigen Fragen genaue Prüfung fordern. Wenn die Erfahrungen gute sind, so können wir später mit gutem Gewissen weiteres bewilligen. Ich für meine Person war in der Kommission außer für die ostafrikanische auch für die australische Festlandslinie, aber nur, wenn unsere Anträge bezüglich der holländischen und belgischen Häfen gebilligt worden. Nicht wir haben die Vorlage in der Kommission zu Falle gebracht, sondern die Konservativen, die wohl noch keine Information vom Reichskanzler hatten. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Einer Kolonialpolitik stehe ich nicht feindlich gegenüber — aber mit der Begeisterung des Volkes allein ist es doch nicht gethan, die Begeisterung kann eine Anregung finden in der Begeisterung, aber weiter auch Nichts. (Redner wird wiederholt durch Unruhe und Schlußrufe von der rechten Seite unterbrochen.) Diese Art der Behandlung Ihrerseits kann mich nur bestimmen, wie heute, so auch in Zukunft gegen die australische Linie zu stimmen. (Große Heiterkeit rechts.) Man rühmt die Politik des Kanzlers im Ausland. Vor allem aber ist Friede im Lande selbst nöthig, die Beendigung des Kampfes gegen die Kirche. Wenn man uns schlägt, kann man nicht verlangen, daß wir den Schlagenden Begeisterung entgegenbringen. Wenn ich auch heute nur für die ostafrikanische Linie stimme, so behalte ich mir eine endgiltige Entschließung doch für die dritte Lesung vor. (Beifall im Centrum.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Es ist eigenthümlich, daß man mir die Unterstellung macht, als ob ich in der in Rede stehenden Frage die konservative Partei des Hauses inspirirt hätte. Ich glaube mit Bestimmtheit versichern zu können, daß ich während der ganzen Dauer der Kommissions-Sitzungen mit keinem einzigen Mitgliede der konservativen Fraktion ein Wort über die Dampfer-Subvention gewechselt habe, weder direkt noch indirekt. (Hört! Hört! rechts.) Dies sollte man doch nicht so ohne weiteres in die Welt hinausposaunen. Es ist in der That sehr zu bedauern, daß man die Anschauung einer Partei dadurch gewissermaßen herabzusetzen versucht, daß man sagt, dieselbe sei von der Regierung inspirirt worden. Im übrigen hat der Herr Vorredner hier mit Emphase erklärt, daß er seine Abstimmung über diese Frage nicht von einer Beurtheilung der Sache selbst, sondern von der Aufnahme abhängig machen werde, welche seine Art zu reden in dieser Versammlung findet. (Große Heiterkeit). Wenn der Herr Vorredner seine Abstimmung davon abhängig macht, so gebe ich allerdings die Hoffnung auf, den Herrn Vorredner für die Dampfer-Vorlage zu gewinnen. (Stürmische Heiterkeit.) Schließlich möchte ich nochmals auf die Werthschätzung der politischen Bedeutung des Herrn Abg. Richter im Auslande zurückkommen. Wenn er die von mir vorhin citirte Autorität nicht gelten lassen will, so nenne ich ihm eine, die er gewiß anerkennen wird, nämlich Herrn Bamberger. Derselbe sagte hier in einer Rede am 27. April 1890, daß ihm im Gespräche mit zwei auswärtigen Diplomaten der eine bemerkt habe: es sei doch wunderbar, daß ein Mann von solchen Leistungen, wie Herr Eugen Richter, noch nicht Minister geworden sei. (Lachen links.) Meine Herren, woher diese Heiterkeit? Darauf haben — so fährt Herr Bamberger fort — die andern gefragt: „Wie, ist Herr Richter denn noch nicht Minister gewesen?" (Große Heiterkeit.) Diese Auslassungen zu bestätigen, daß der Opposition des Herrn Richter im Auslande eine viel größere Bedeutung beigelegt wird, als bei uns. Ich möchte also Herrn Richter bitten, sich über die Bedeutung und das Gewicht seiner Persönlichkeit eine reichere und klarere Anschauung zu bilden als bisher. (Große Heiterkeit.)

Abg. Meier-Bremen (nationalliberal) führt aus, daß die ostafrikanische Linie allein sich nicht rentiren könnte und daher doch mindestens noch die australische Linie bewilligt werden müsse.

Ein von der rechten Seite eingebrachter Antrag auf Schluß der Debatte wird in namentlicher Abstimmung mit 178 gegen 148 Stimmen angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. Richter: Ich habe in meiner Rede gelegentlich des Konsulats für Asien allerdings meine Sympathien für England kundgegeben und schäme mich dessen nicht. Ich habe gesagt, wir sind mit England nicht nur durch die Dynastie, sondern auch durch die Stammverwandtschaft verbunden. Ich weiß nicht, wie man daraus eine Hereinziehung dynastischer Verhältnisse in die äußere Politik folgern kann. Meine damalige Aeußerung habe ich mit einem Vertrauensvotum für den Reichskanzler geschlossen. (Hört, hört! links.) Ich weiß nicht, wie man im parlamentarischen England daraus ein Argument gegen die Politik des Reichskanzlers entnehmen wollte. (Beifall links.)

Abg. v. Helldorff (kons.) verwahrt die konservative Partei gegen die Insinuation des Abg. Racke, daß sie Informationen für ihr Verhalten vom Reichskanzler erhalte.

Berichterstatter Abg. Brömel erklärt auf das Wort verzichten zu wollen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Das Haus tritt in die Abstimmung ein.

§ 1 lautet in der Fassung der Regierungsvorlage:

Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Einrichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiffs-Verbindungen zwischen Deutschland einerseits nach Ostasien, sowie Australien und Afrika andererseits auf eine Dauer bis zu 15 Jahren an geeignete Unternehmer zu übertragen und in den hierüber abzuschließenden Verträgen Beihilfen bis zum Höchstbetrage von jährlich 5,400,000 M. aus Reichsmitteln zu bewilligen.

Der Antrag des Abg. Richter, die Worte „sowie Australien" zu streichen, wird mit 170 gegen 159 Stimmen abgelehnt; die australische Linie ist somit bewilligt.

Für die australische Linie stimmten die Konservativen, Reichspartei, Nationalliberale, einige Mitglieder des Centrums, Elsasser, Welfen, Abg. Haerle.

Die afrikanische Linie wird in namentlicher Abstimmung mit 166 gegen 157 Stimmen abgelehnt.

Es werden sodann die Worte der Regierungsvorlage „an geeignete Unternehmer" ersetzt durch die Worte „an geeignete deutsche Unternehmer auf dem Wege der engeren Submission".

Die vom Abg. Rintelen beantragte Fassung des § 1, wonach nur eine Linie von Deutschland nach Ostasien mit einem jährlichen Subventionsbetrage von 1,700,000 M. bewilligt werden soll, wird in namentlicher Abstimmung mit 170 gegen 154 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wird § 1 in der vorhin beschlossenen Fassung — Linien nach Ostasien und Australien mit 4 Millionen Mark jährlicher Subvention — angenommen, sowie auf Antrag des Abg. Rintelen eine Zweiglinie von Triest über Brindisi nach Alexandrien bewilligt, worauf das Haus sich vertagt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. T.-O.: Dampfersubventionsvorlage. Zolltarif.

Schluß 6¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung vom 16. März.

Am Ministertische: v. Goßler.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Berathung des Kultusetats.

Die Einnahmen werden ohne Diskussion genehmigt.

Bei den Ausgaben Kap. 109, Tit. 1 (Minister) erklärt

Abg. Spahn, daß die Vorwürfe, die er bei der zweiten Lesung wegen der Auswahl der Aufsatzthemata erhoben, unberechtigt gewesen seien. Das Thema „Hermann, Luther und Lessing als Befreier Deutschlands" sei nur protestantischen Schülern zur Bearbeitung aufgegeben worden.

Abg. v. d. Marwitz (kons.). Zu meinem Bedauern konnte ich der zweiten Lesung des Etats wegen des Todes meines Vaters, des Bruders des Bischofs von Kulm, nicht beiwohnen, konnte daher damals auch den Angriffen des Herrn Ministers auf den Bischof, meinen Onkel, nicht entgegentreten. Ich hätte geglaubt, die ganze Vergangenheit des Bischofs hätte ihn vor einer derartigen Insinuation bewahren sollen. Der Bischof hat 1863 und 1864 der preußischen Regierung die größten Dienste geleistet, es ist dies durch ein Handschreiben Sr. Majestät anerkannt worden. Ich habe ihn stets als einen echten Patrioten erkannt — und ein solcher Patriot muß hier solche Anfeindung erfahren. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, das Ansehen des tiefgekränkten Kirchenfürsten hier zu rehabilitiren. Ich darf wohl erwarten, daß der Herr Minister seine in der zweiten Lesung erhobenen Beschuldigungen gegen den 90jährigen ehrwürdigen Greis berichtigen werde. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Goßler: Ich habe in der zweiten Lesung erklärt, daß der Bischof von Kulm einen polnischen Briefwechsel mit dem Grafen v. Ledochowski geführt und seinen Namen mit cz geschrieben hat. Der Bischof von Kulm sagt in diesem Briefwechsel u. a. auf das neue Kirchengebet, der Ausdruck „Gott segne den Kaiser und das deutsche Volk" bei „uns Polen" Anstand erregen würde; bei einer Aenderung des Gebetes würde aber „serenissimus imperator" sich verletzt fühlen. Ich nehme gern Akt von den Erklärungen des Vorredners, ich bin sehr gern bereit, meine Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß der Bischof v. d. Marwitz für seine Person einer der loyalsten Unterthanen ist. Das Thatsächliche meiner neulichen Aeußerungen ist aber erwiesen, das Kirchengebet ist geändert worden, die Worte „deutsch" sind eliminirt worden. Die Erklärung des Bischofs weist darauf hin, daß Strömungen bestanden haben, die die Einführung des deutschen Kirchengebetes unthunlich erscheinen ließen.

Abg. Dr. v. Stablewski (Pole): Selten ist ein so schwerer Vorwurf der Reichsfeindlichkeit mit so schwachen Beweisen aufrecht erhalten worden. (Beifall im Centrum.) Ich hatte erwartet, der Herr Minister würde den Rückzug antreten. Er hat in der zweiten Lesung den Vorwurf einer schweren Täuschung bei einer heiligen Handlung erhoben und das alles, weil das Wort „deutsch" in dem Kirchengebete weggelassen worden ist. „Deutsch" aber ist bei uns gleichbedeutend mit „protestantisch", das mußte der Minister doch wissen. Wenn es im Kirchengebet nach dieser Aenderung heißt: „Gott segne das Kaiserreich" so ist doch klar, daß damit nicht Polen gemeint ist, denn das weiß jedes Kind und jeder Bauer bei uns, daß Polen niemals ein Kaiserreich gewesen ist. Ich hätte doch wirklich glauben sollen, daß nach den Worten des Herrn Abg. v. d. Marwitz der Herr Minister seine Anklage pure zurücknehmen würde. Seine Anklage, eine solche Anklage aus dem Munde eines Ministers, giebt der Mißachtung des polnischen Volkes neue Nahrung. Unser Klerus ist eifrig und treu bemüht, die Liebe zum Kaiserhause zu erhalten — wie würde es aussehen ohne diese Arbeit des Klerus? Und wenn der Klerus die Macht über das Volk verliert, wer hat Schuld, wenn nicht der Minister, der die kirchliche Disziplin gelockert hat (Beifall im Centrum). Und hat man den Polen nicht seitens der Könige Preußens Schutz versprochen? Der Klerus hält in seiner Liebe zu Preußens Königshaus fest, der Vorwurf, er huldige revolutionären Tendenzen, ist vollständig ungerechtfertigt. Die Sprache des Ministers gegen den Bischof von Kulm wird die schwersten Folgen für die polnische Bevölkerung haben, die Beamten werden sie zu neuen Bedrückungen gegen die polnische Bevölkerung benutzen. Die Erklärungen des Ministers können nur die Beunruhigung, den Unfrieden in der polnischen nationalen Bevölkerung vergrößern. (Beifall im Centrum.)

Kultusminister Dr. v. Goßler entgegnet, daß er keineswegs behauptet, der Bischof habe das Kirchengebet absichtlich so verändert, daß der gemeine Mann dasselbe in der von ihm bezeichneten Weise verstehen mußte. Er könne nur bitten, sich endlich daran zu gewöhnen, daß auch Posen und Westpreußen ein Theil des deutschen Reiches sei; und daß man sehr wohl ein treuer Katholik und zugleich ein guter Deutscher sein könne, gegenwärtig aber würde dort noch immer katholisch oder polnisch identifizirt.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst (Centr.) konstatirt, daß aus der mitgetheilten Korrespondenz nicht der Beweis erbracht worden sei, der Bischof von Kulm lege polnische Sympathien. Er hätte deshalb gewünscht, der Herr Minister wäre in seinen Aeußerungen zurückhaltender gewesen.

Abg. Dr. Windthorst (Centr.) ist der Meinung, daß es sich hier um ein vertrauliches Aktenstück handele, die Regierung sei daher nicht berechtigt gewesen, die geheime Korrespondenz der beiden Bischöfe zu veröffentlichen. Daß dies geschehen, sei nur ein Beweis dafür, wie man sich in der Zeit des Kulturkampfes bereits daran gewöhnt habe, die Würde eines Bischofs ziemlich niedrig zu taxiren. Wenn das nun von einer so hohen Stelle aus geschehe, wie könne denn da noch die bischöfliche Würde in ihrer vollen Autorität aufrecht erhalten werden? An die Katholiken aber richte er die Bitte, in dem Kampfe auch ferner auszuharren und bei den Wahlen dafür zu sorgen, daß alle die wiederkehren, welche entschlossen sind, für die endliche Beseitigung des Kulturkampfes einzutreten.

Kultusminister v. Goßler erklärt, zur Vermeidung von Mißverständnissen, daß der Oberkirchenrath auf die Fassung des Kirchengebets gar keinen Einfluß ausgeübt habe.

Bei dem Kapitel 119 (Universitäten) provozirt Abg. Reichensperger-Köln den Abg. v. Zitzewitz über seine Haltung zum Frühschoppen und zum Duellwesen.

Abg. v. Zitzewitz (kons.) erklärt, daß die in der Presse verbreitete Meinung, als ob er ein Anhänger des studentischen Frühschoppens sei, eine irrige sei; er stehe in dieser Frage genau auf dem Standpunkt des Vorredners und des Abg. Windthorst. Was das Duellwesen anlange, so glaube er, daß es sich empfehlen würde, den Grundsätzen der Corpsstudenten mehr Geltung zu verschaffen, welche jede Ausschreitungen ausschließen. Man würde den Pistolenduellen sehr leicht ein Ziel setzen, wenn die Schlägerduelle ganz freigegeben würden.

Abg. Dr. Reichensperger bezeichnet diesen Vorschlag als ein sehr gefährliches Mittel und weist darauf hin, daß gerade von den Corpsstudenten die meisten Ausschreitungen ausgingen.

Kultusminister Dr. v. Goßler meint, daß die Hauptsache sei, die guten Ansätze, die in den studentischen Kreisen sich befinden, zu pflegen und fördern, nicht aber zu reglementiren und zu klagen.

Abg. Dr. Langerhans kann zwischen Mensuren und Duellen einen Unterschied nicht entdecken. Die gebildeten Leute sollten dem Volke auch hier mit guten Beispielen vorangehen. Es sei daher das größte Unrecht, von hier aus das studentische Duellwesen in Schutz nehmen zu wollen.

Abg. Dr. Wehr (freikons.) konstatirt, daß die meisten Pistolenduelle in den außerstudentischen Kreisen vorkommen, welche nicht den Korps angehören. Wer nicht den Korps angehöre, habe nicht die Uebung im Schlagen, der greife dann zum Pistolenduell.

Abg. Dr. Windthorst tritt den Ausführungen des Abg. Langerhans bei, aber er möge sich hüten, Handlungen, welche gegen das Gesetz gerichtet seien, hier öffentlich vertheidigen zu wollen.

Abg. Dr. Wehr protestirt dagegen, seinen Worten diesen Sinn unterschieben zu wollen. Auch er stehe auf dem Standpunkt, daß der Frühschoppen und das Duellwesen ein Unwesen der Studentenschaft sei.

Abg. Dr. Windthorst: Die Herren Studenten würden also nun wissen, daß auch der Abg. Wehr das Duell verurtheile und mit ihm einverstanden sei, daß das Duelliren dem Strafgesetz unterliege.

Abg. v. Zitzewitz wiederholt nochmals, daß auch er ein Gegner des Duellwesens sei, aber er halte es für unmöglich, die studentischen Schlägermensuren mit einem Male abzuschaffen. Man möge überhaupt diese Frage nicht zu einer hochpolitischen Sache aufbauschen, Herr Langerhans befinde sich mit seinen Fraktionsgenossen in dieser Frage nicht einmal in voller Uebereinstimmung.

Bei dem Titel „Universität Berlin" wird der Antrag Langerhans auf Streichung der Position zur Errichtung einer außerordentlichen Professur für Dermatologie abgelehnt, und die Position für die übrigen Titel des Kapitel 119 unverändert genehmigt.

Damit vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. T.-O.: Fortsetzung der Etatsberathung.

Schluß 1 Uhr.

Waaren- und Produktenberichte.

Zucker.

Magdeburger Börse.

	14. März.	16. März.
Granulated	—	—
Krystallzucker I.	—	—
Krystallzucker II.	25,25 M.	25,25 M.
Kornzucker 96 %	21,70—22,10 M.	21,70—22,10 M.
Kornzucker 95 %	20,50—21,00 M.	20,50—21,00 M.
Korns. Rend. 88 %	20,30—20,80 M.	20,30—20,80 M.
Rohprod. 88-92 %	15,30—17,20 M.	15,30—17,20 M.
do. Rend. 75 %	16,50—17,20 M.	16,50—17,20 M.

Tendenz am 16. März: Ruhig.

	14. März.	16. März.
Brodraffinade	29,00 M.	29,00 M.
Brodmelis	28,00—28,25 M.	28,00—28,25 M.
Gem. Raffinade	27,00—27,75 M.	27,00—27,75 M.
Gem. Melis I.	26,25—26,50 M.	26,25—26,50 M.

Tendenz am 16. März: Ruhig.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* Paris, 16. März. (Telegr.) Rohzucker 88 ° behauptet., loco 36,25 à 36,50. Weißer Zucker fest, Nr. 3 pr. 100 kg pr. März 42,80, pr. April 43,10, pr. Mai-Juni 43,50, pr. Mai-Aug. 43,75 f.

* London, 16. März. (Telegr.) Havannazucker Nr. 12 13 nom. Rübenrohzucker 11½, ruhig, stetig.

Kaffee.

* Hamburg, 16. März. (Telegr.) Kaffee fester. Umsatz 4500 Sack.

Kartoffeln.

* Berlin, 14. März. (Marktpr. nach Ermittl. d. kgl. Pol.-Präs.) Kartoffeln 3,75—6,25 M. pr. 100 kg

Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18850318024/fragment/page=0002